

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementssatz mit dem tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst
und der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Beilage monatlich 10 Pf.
Durch ein Postbezirk vereinfacht. M. 2.75, unter Kreisbank für Deutschland und
Österreich-Ungarn Nr. 5 — Erste Seite mit Ausnahme der Sonn- und Ferientage.

Redaktion: St. Brüderstraße 14, II. Tel. 3466.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Erschließung: St. Brüderstraße 14. Tel. 1769.
Zeitungssatz von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Periodicals werden die Sprechstunde freigegeben aus 25 Pf. berechnet. Bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Belehrungen gegen 20 Pf. Interesse müssen
bis spätestens 10 Uhr früh in der Redaktion abgegeben sein und sind im
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 156.

Dresden, Sonnabend den 9. Juli 1910.

21. Jahrg.

Krise im Reichstagspräsidium.

Rücktritt des Erbprinzen von Hohenlohe.

Die schleichende politische Krise ist jetzt über raschen beruhigt. Gleichsam im tiefsten Frieden, während der Parlamentsperiode, im Präsidium des Reichstags zum Ausbruch gekommen. Der zweite Vizepräsident, Erbprinz von Hohenlohe-Langenburg, bat an den Präsidenten, Grafen von Schwerin-Löwitz, ein Schreiben gerichtet, in dem er seinen Rücktritt von dem ihm anvertrauten parlamentarischen Ehrenamt angezeigt und zugleich politisch motiviert. Dieser Schritt des Erbprinzen von Hohenlohe steht den Reichstag bei seinem Wiederaufzunehmen im November vor die heile Aufgabe, eine teilweise oder vollständige Neuwahl seines Präsidiums vorzunehmen und auf diese Weise voraussichtlich dazu beitragen, die Gegenseite unter den bürgerlichen Parteien weiter zu verschärfen.

Aus der Vorgeschichte der neuen Krise sei folgendes in Erinnerung gebracht: Bei seinem Zusammensezten im Februar 1907 wählte der Blockfreiherr den konserватiven Grafen Stolberg zum Präsidenten, den nationalliberalen Dr. Paal zum ersten und den freisinnigen Raabe zum zweiten Vizepräsidenten. Der Grundtag, der stärkste Partei, dem Zentrum, die Präsidentenstelle zu übertragen, wurde verlassen und dem Präsidium eine parteipolitisch gefürchtete Zusammensetzung gegeben. Als nach der Fertigstellung des Blocks durch die Reichsinssinngereform der Reichstag im Juli 1909 geschlossen wurde, erfolgte damit das Amt der drei Blockpräsidenten, und bei der Wiederöffnung im Dezember 1909 wurde eine Neuwahl notwendig. Die Konferenzen verständigten sich mit dem Zentrum dahin, daß Graf Stolberg das Präsidium behalten, der Zentrumspolitiker Spahn erster Vizepräsident und der nationalliberalen Raabe zweiter Vizepräsident werden sollte. Entsprechend dieser Abmachung erhielt bei der Präsidentenwahl am 1. Dezember Graf Stolberg 256, Spahn 239, Raabe 233 Stimmen. Raabe lehnte jedoch die Wahl ab. Nach einer geschäftsbildungswidrigen Vertragung der Wahl auf den 8. Dezember wurde dann der Erbprinz von Hohenlohe, der Präsident der Reichspartei ist, mit nur 178 Stimmen an Raabes Stelle zum zweiten Vizepräsidenten gewählt und nahm, einer vorausgegangenen Abmachung entsprechend, die Wahl an. Der Erbprinz entschuldigte diesen Schritt bei seinen Gothaer Wählern mit "patriotischen" Rücksichten; er habe durch die Annahme des ihm angetragenen Ehrenamtes eine weitere Verschärfung der "tiefbedauerlichen" Gegensätze zwischen rechts und links verhindern wollen.

An diese Motivierung seiner damaligen Haltung knüpft der Erbprinz von Hohenlohe nun in seinem Abschiedsbrief an den Grafen Schwerin-Löwitz an, um weiter auszuführen, daß sein Versuch zwischen den Nationalliberalen und den Rechten zu vermitteln möglich sei. Schließlich habe die Partei aus England durch ihren Inhalt und ihre Wirkungen ihn vor die Frage gestellt, ob er "einem Präsidium, wie es es durch die parteipolitische Verbindung seiner Bestandsgruppe darstellt", weiter angehören könne, ohne in Widerspruch zu den Grundsätzen zu geraten, die ihn bisher im öffentlichen Leben gelebt hätten. Diese Frage müsse er verneinen und deshalb legt er sein Amt nieder.

Der Reichstag verliert im Erbprinzen v. Hohenlohe einen geschickten Vorsitzenden. Die grobe Parteilichkeit, deren er sich oft, in besonders drastischer Weise in der berüchtigten Affäre Oldenburg, schuldig gemacht, kann nur durch Gütsigkeit, die er auch sonst in allen Lebenslagen bewies, einigermaßen entlastigt werden. Auch würde der Erbprinz sich seines Amtes ohnehin nicht mehr lange gefreut haben, da der Wahlkreis Gotha bei den nächsten Wahlen aller Wahrscheinlichkeit nach ebenso wie der Coburger Nachbarkreis in der Nachwahl in die Sozialdemokratie zurückfallen wird. Er war eben nur bestimms- und Verliegenheitspräsident, darin lag seine Bedeutung und darin liegt auch die Bedeutung seines Rücktritts.

Der schwarzblaue Block muß nun entweder das ganze Präsidium rekonstruieren und zu diesem Zwecke eine Vereinigung mit den liberalen Parteien suchen, oder er muß auch die dritte Präsidentenstelle mit einem Mann aus seiner kleinen Zusammensetzung geben. Ein Reichsverteiler wird sich wo außerordentlich wieder dadurch an der Sache nichts geändert haben, da auch er sich durch die Übernahme des Amtes als Mann des schwarzblauen Blocks kennzeichnen willde. Ebensoviel ist zu glauben, daß die Nationalliberalen den Raabe seinerzeit zurückgewiesenen Posten jetzt anzunehmen geneigt sein werden. Die Aussicht auf eine friedliche Vereinigung zwischen rechts und links ist daher sehr gering, und desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß es gleich nach dem Wiederaufzunehmen des Reichstags zu neuen Zusammenstößen zwischen den bürgerlichen Parteien kommen wird.

Zu und für sich ist es ja ein ganz ungemeinliches Unterfangen, bei der Wahl von Parlamentsvorsitzenden parteipolitische Kämpfe zu führen. Zu Präsidenten sollten nur solche abgesetzte gewählt werden, die allgemeines persönliches Vertrauen genießen und zur unparteiischen Ausübung ihres Amtes geeignet sind. In England z. B. haben die regierenden Parteien, wie selbstverständlich, alle Ministerstellen besetzt, die Stelle des Speakers haben sie aber dem konserватiven Mr. Speaker überlassen, der sein Amt mit allgemein akzeptanter

Unparteilichkeit führt. Hierzu haben die Parteien bei der Belebung der obersten Regierungsstellen nichts dazuzutun, dafür entlädt sich ihr "Willen zur Macht" bei der Belebung des Reichstagspräsidiums in recht überflüssigen Kraftshüllungen. Man drängt danach, daß das Präsidium nach den gleichen Prinzipien zusammenzutreten, die in parlamentarisch regierten Ländern bei der Bildung des Ministeriums beobachtet werden. Dadurch, daß der Völkerblock mit diesem Unfug angefangen hat, sind die bürgerlichen Parteien in einen Fehlerkreis geraten, aus dem sie nicht so leicht den Ausgang finden werden.

Berlin, 9. Juli. Die meisten Morgenblätter besprechen die durch den Rücktritt des Erbprinzen Hohenlohe-Langenburg aus dem Präsidium des Reichstages geschaffene Krise. Mehrere Blätter deuten den Rücktritt Hohenlohes überdeutlich dahin, daß der Erbprinz, der von seiner Übernahme des Vizepräsidiums eine Milderung der Gegenseite zwischen rechts und links erwartet hatte, eingeschlagen habe, daß diese Hoffnung ziellos gewesen sei. Das Berliner Tageblatt erwartet von dem Rücktritt eine Klärung der Zustände und eine Beschleunigung des Umschlags, der mit Nationalnotwendigkeit kommen müsse. Die Volkszeitung nennt den Entschluß des Erbprinzen eine manifeste Tat, unvermeidlich, wollte sich der Erbprinz nicht politisch kompromittieren. Die Post, das Organ der Reichspartei, deren Vorsitzender der Erbprinz ist, schreibt: Obwohl man diesen Schritt verstehen kann, wird man ihn im Interesse einer Erfundung unserer innerpolitischen Verhältnisse, die nur durch eine Annäherung der alten Parteiblätter herbeigeführt werden kann, lebhaft bedauern müssen. Der Vorwärts meint, der Erbprinz scheine die Leidenschaft der Zeit nicht ganz richtig zu deuten. Die Wiederannäherung sei im besten Interesse, da die Nationalliberalen ins Lager der Reaktion abrücken. Die Deutsche Tageszeitung meint: Da vom Erbprinzen Hohenlohe gewünschte Wiederannäherung der Rechten und der Nationalliberalen könne durch seinen gegen die anderen Präsidentenparteien gerichteten Schritt nur weiter erschwert werden. Nach allem müsse man fast bezweifeln, ob dieser Schritt schon als ein endgültiger bezeichnet werden könnte. Die Kreuzzeitung schreibt in ihrem Morgenblatt von dem Rücktritt des Erbprinzen Hohenlohe noch keine Notiz. Die Germania (Zentrum) sagt: Man sieht, welche Verantwortung die Enzyklus-Heze sogar in dem Gemüte eines Mannes angerichtet hat, der sich bisher wohl selbst für einen Staatsmann gehalten hat. Einige Leute und zugleich Politiker werden den Kopf schütteln. Vielleicht wird Erbprinz zu Hohenlohe auch selbst einmal diesen Schritt bedauern.

Englische Kulturarbeit in Indien.

London, den 7. Juli.

Die letzten aus Indien hier eingelangten Zeitungen geben ein Rundschreiben wieder, das die indische Regierung an die ihr unterstehenden Staatsbeamten aller Grade gerichtet hat. Es bezieht sich auf die revolutionäre nationalistische Bewegung und soll die Beamten über die Mittel, die sie zu ihrer wirksamen Veräußerung anzuwenden haben, belehnen. Das Rundschreiben gewährt einen Einblick in indische Regierungsmethoden, wie sie im Namen einer zu Hause sich liberal und radikal nennenden Regierung geübt werden und offenbart die Besorgnis und den Schecken, mit denen die englischen Machthaber den Ereignissen in Indien entgegensehen.

In dem Rundschreiben äußert die Regierung zunächst ihre Ansicht über die Natur und die Ausbreitung der Unzufriedenheit, die „jetzt ohne Zweifel in vielen Teilen Indiens vorhanden ist“. Die Regierung ist aber der Ansicht, daß diese Unzufriedenheit mit wenigen Ausnahmen auf die linken und schreibfunktive Mittellasse beschränkt sei. Sie brüte keine Auflehnung gegen übermäßige Beschwerung oder drudenartige Gesetze aus, aber sie habe vielleicht eine gewisse geringe wirtschaftliche Grundlage. In den Hauptstädten jedoch fehle ihr jede materielle Basis. Es ist das alte wohlbelannte Bild; man habe es nur mit einer Handvoll Agitatoren zu tun, die das im übrigen durchaus zufriedene und glückliche Volk aufziehen.

Es gebe eine an Zahl geringe, aber einflußreiche Partei mit fanatischen Überzeugungen, die der Aufrechterhaltung der britischen Herrschaft feindlich gesinnt sei. Diese Partei sei in zwei, nicht sehr scharf voneinander abgesonderte Gruppen gesiedelt. Die eine sucht die Selbstregierung vermittelst revolutionären Befreiungs zu erringen, durch Angriffe in der Presse, in Versammlungen und durch private Propaganda. Diese Partei sei unter gewöhnlichen Umständen nicht bereit, Gewalttaten zu beüben, aber sie sympathisiere oft mit Attentaten und Morden und weigere sich, bei der Unterdrückung solcher Verbrechen beihilflich zu sein. Die andere Fraktion besteht aus Terroristen und Propagandisten des Terrorismus gegen Beamte und Polizisten.

Diese aktiven Revolutionäre seien namentlich in den beiden bengalischen Provinzen und in Bombay tätig. Die Bewegung habe nach den Zentralprovinzen, nach Perak und dem Sandalen übergeschritten und sei auch in einigen eingeborenen Staaten anzutreffen. Sie habe in den Vereinigten Provinzen und in Madras wenige Fortschritte gemacht, aber es gebe überall Gefahrenzonen, die aufmerksame Überwachung erfordern. Nur von Burma und dem nordwestlichen Grenzgebiet könne die Regierung behaupten, keine Spuren der Bewegung angetroffen zu haben.

Diese „jugendlichen Terroristen“ sammeln sich in Vereinen. Die Regierung findet Anzeichen einer zentralen Kontrolle der Bewegung, kennt jedoch deren Stärke nicht und hält sie jedenfalls nicht für weitreichend. Die weniger gewalttätige Fraktion nennt, sei ungefähr in derselben Weise verteilt und liefere zumeist der gewalttätigen Bewegung das Rekrutierungsmaterial. Die Regierung negt den Verdacht, daß die wirtschaftlichen Führer der revolutionären Partei sich hinter dem Mantel gemäßigter Ansichten verbargen.

Das Rundschreiben unterweist dann die Beamten, wie sie zu handeln haben, um die Gefahren der Bewegungen herabzumindern. Die Beamten, heißt es, dürfen nicht ihre Aufgabe als erledigt an-

sehen, wenn die amtliche Tagesarbeit vollbracht ist. Sonst müssen die Augen und Ohren der Autoren vor dem Volke wiberlegen und es über die Segnungen der britischen Herrschaft ausklären. Es soll besonders darauf geachtet werden, daß die Kinder in den indischen Schulen einen „entsprechenden“ Unterricht erhalten, anstatt der „falschen und oft giftigen Lehren“, die ihnen jetzt eingeimpft würden. Namentlich müsse in diesem Sinne auf die Schuleingang eingewirkt werden. Es genüge nicht, wenn sich die Lehrer nur der Verbreitung aufrißreicher Lehren enthalten. Die Regierung will sie zwingen, zu Verrätern an ihrem Volke und an ihren eigenen Überzeugungen zu werden. Die „unverdiente Freiheit“, die Indien durch seine Verbindung mit England seines Reichs verbraucht werde, sei jetzt weit verbreitet und nieste unberechenbares Unheil an. Es sei die Pflicht jedes Beamten und namentlich aller mit dem Volkunterricht verbundenen Personen, jede Gelegenheit zu ergreifen, um die Falschheit dieser Theorie aufzudecken.

Weiter fordert das Rundschreiben die Beamten ganz unbestüm auf, sich zu herauszurüttigen. Sie müssen sich mit allen Personen, deren politische Ansichten verdächtig seien, in Verbindung setzen und sie scharf überwachen. Da mit Verbreitung oft mehr erreicht werde, als mit Verfolgung, soll man die Führer der Bewegung zu „überzeugen“ suchen — wenn nötig wohl auch mit klingender Waffe. Da es in manchen Provinzen oft unmöglich sei, bei politischen Strafanlässen belästigende Zeugen zu finden, so sollen die leitenden Personen jedes Bezirks „im Vertrauen gezeigt werden“. Es soll ihnen klargemacht werden, daß die liberale Rechtspflege, die sie jetzt „genießen“, das System des Verhörs in öffentlichen Gerichten und der Verurteilung nach erbrachtem Schuldbeleg, nur auf der Annahme beruht, daß alle Bürger bei der Rechtspflege bereitwillig mitmachen, d. h. sie zum Denunziantentum hergeben. Wechselt es das nicht, werden man das gegenwärtige Rechtssystem mit einem härteren vertauschen müssen. — Diese Drohung dürfte die Indien schwierig machen, denn das angebrochene System der Verurteilung beginnt, Verbannung und Entfernung ohne Verhandlung und ohne Anklage wird bereits seit Jahren geübt!

Wenn ein Verein aufzuherrlicher Umtreibe verdächtig ist, sollte man zunächst dessen Leiter zu „überzeugen“ suchen. Wißlinge des, hat die offene Unterdrückung zu folgen. Die Bekämpfung lokaler Personen muß natürlich mit aller Macht unterdrückt werden. Verdächtige Beamte gar müssen gewornt werden, und bestimmen sie sich nicht prompt eines Befehls, fliegen sie. Auch muß allen Beamten klargemacht werden, daß ihre Verantwortung nicht bei ihrem eigenen Metternich aufhört, sondern sich auf das ihrer Söhne und der von ihnen beeinflußbaren Verwandten erstreckt.

Dieses Rundschreiben der Regierung steht der panische Schreck auf der Stirne geschrieben. Die anglo-indischen Bureaukraten scheinen die Köpfe verloren zu haben und verfüllen auf die verschiedensten Hilfsmittel. Daß die Regierung ernstlich Gefahr läuft, auf diese Weise des Guten zu viel zu tun, wird auch von manchen ihrer eigenen Wortführer erkannt. So schreibt das anglo-indische Bureaukratenorgan The Madras Mail, das übrigens voll des Lobes über das Rundschreiben ist, daß es bedenklich sei, die Staatsbeamten in persönliche Verbindung mit den Angestellten zu bringen, um die Angestellten zu bestimmen, mit denen die Beamten zusammenarbeiten müssen. — Dieses Ergebnis könnte in manchen Fällen die Regierung überraschen und enttäuschen.

Gewiß, auch die anderen Antikörper und Pfeile des Rundschreibens werden der indischen Regierung noch manche Überraschung und Enttäuschung bringen. Solche Regierungsfüße pflegen sehr oft die fatale Folge zu haben, daß sie gerade jenen die besten Waffen liefern, die sie unzählig machen sollen.

Deutsches Reich.

Deutschwirtschaft.

In der bürgerlichen Presse taucht die Behauptung auf, daß sich im laufenden Staatsjahr das Defizit im Reichshaushalt auf 70 bis 80 Millionen Pf. belaufen würde. Der Abgeordnete Gräberger, der sich in der Rolle des freiwilligen Regierungskommissars ganz besonders wohl fühlt, tritt dieser Behauptung in einem Artikel im Tag mit dem Hinweis entgegen, daß nach 1918 eine erhebliche Besserung unserer Reichsfinanzen eintreten werde; er behauptet, an dem jetzigen nicht glänzenden Ergebnis sei die Tätigkeit des verlorenen Bloßschulds. Vor allen Dingen aber mahnt er, jetzt keine neuen Steuervorläufe einzubringen, denn das müßte bei den kommenden Reichstagswahlen auf die bürgerlichen Parteien wie Sprengpulver wirken.

Nedenfalls ist an einem großen Defizit nicht zu zweifeln. Auf alle Fälle sieht die Tatsache fest, daß die Reichsfinanzreform bislang bislang nichts gebracht hat. Rechnet man dazu, daß die neuen Militärforderungen auch hoch in die Millionen gehen werden, so ist das finanzielle Bild für die nächste Zeit allerdings ein solches, daß man nicht verstehen kann, wie man — nachdem nun einmal nicht gehaftet werden soll — das alles ohne neue Steuern betreiben will.

Hausbank und Reichsversicherungsbörse.

Unter Beteiligung von Vertretern der Industrie, des Handels und des Handwerks hat der Ausschuß des Hansabundes eine Sitzung abgehalten, in der die Richtlinien für das Verhalten des Hansabundes zur Reichsversicherungsbörse festgelegt wurden. Zunächst haben die Hansabündler Bedenken gegen die Zusammenfassung der sozialpolitischen Gesetze, weil der Umfang des Entwurfs die Übersichtlichkeit des Stoffes erschwerte. Die Versicherungssämter sind als zu teuer abzulehnen. Gerner ist die Hinaussetzung des Mitglieder-Minimums